

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilerverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Offe, Düsseldorf,
Konfordiastraße 7,
Düsseldorf, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Aus dem Geschäftsbericht des Zentralvorstandes an die Verbandsgeneralversammlung.

Nachstehend veröffentlichen wir Ausszüge aus dem oben Teilnehmern an der Verbandsgeneralversammlung zugesandten gedruckten Bericht. Derselbe erstreckt sich nur auf die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919. Wenn er auch im allgemeinen nur gehalten ist, so können wir ihn des Mangels wegen hier doch nur auszugsweise wiedergeben. Wichtigere und sonstige Interessenten können in einigen Wochen den Geschäftsbericht zusammen mit dem Bericht über die Verhandlungen der Verbandsgeneralversammlung durch die Zentrale des Verbandes beziehen.

Die Schriftleitung.

I. Allgemeines.

Wir sind im Innern des Landes immer noch nicht zur Ruhe gekommen, und bei dem Zerreißen jeglicher Autorität, dem Schwinden von Pflicht und Verantwortungsfühl, wird die Befriedigung nur eine allmähliche sein können. Sie muß einhergehen mit einer innerlichen Erneuerung unseres gesamten Volkes. Auf diesem Gebiete liegt auch eine wichtige Aufgabe unserer Bewegung. Heute jagt noch ein wilder Streif den andern; meist geführt von Hintermännern, welche politische Zwecke verfolgen und die Arbeiterschaft für ihre Zwecke mißbrauchen. Es würde in mancher Hinsicht besser aussehen, wenn von vornherein gegen diese gewissenlosen Elemente schärfer vorgegangen worden wäre und wenn man andererseits aus manchen wirtschaftlichen Maßnahmen von vornherein in entscheidender Weise zur Lösung in Angriff genommen hätte. Macht sich doch z. B. der Wucher und das Schleichhändler- und Schiebertum gegenwärtig noch mehr bemerkbar, wie während der ungeliebten Kriegszeit.

Die heute für die Führung der Geschäfte in erster Linie verantwortliche Sozialdemokratie (Mehrheitssozialdemokratie) hat in der Praxis den Widerspruch zwischen revolutionärer Phrase und nüchternen Wirklichkeit erfahren müssen. Sie muß heute vieles von dem über Bord werfen, was sie früher vertreten hat. Tagtäglich werden wir Mahnungen aus ihrem Lager an die Arbeiterschaft, die Forderungen nicht zu überspannen und das Wirtschaftsleben vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Aus den Kreisen der Mehrheitssozialisten hört man heute Ansichten über volkswirtschaftliche Probleme, die auf unserer Seite immer vertreten wurden. Das Umlernen ist also nicht auf unserer Seite. Die frühere Agitationsmethode der Sozialdemokratie rächt sich jetzt; weite Arbeiterkreise hören nicht auf die Mahnungen und schwenken weiter nach links ab. Wenn jedoch die Unabhängigen an die Regierung kämen, würden auch sie alsbald dieselbe Regierung machen wie die Mehrheitssozialdemokratie. . . .

Die Beschäftigung in unserer Industrie

ist nach wie vor schlecht. Nach Kriegsende ging man alsbald dazu über, die während der Kriegszeit zurückgehaltenen Rohstoffmengen nach und nach zu verteilen. Vor allem wurden auch die Betriebe bedacht, welche während der Kriegszeit stillgestanden hatten. Sodann wurde bestimmt, daß nur auf einem Stuhl gearbeitet werden durfte. Durch diese Maßnahmen wurde erreicht, daß die Beschäftigungsziffer sich zeitweise hob; im allgemeinen jedoch blieb die Beschäftigung schlecht. Die zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen sind sehr knapp, und vom Ausland sind bis jetzt in nennenswertem Umfang Rohstoffe nicht herbeigekommen. Die Erbstoffindustrie erlitt einen erheblichen Rückschlag, weil das Publikum die qualitativ schlechten Ersatzstoffe, bei verhältnismäßig hohen Preisen, nicht mehr kaufen wollte und mit einem erhöhten Angebot von Auslandsmaren rechnete, welches im gewissen Umfang ja auch eingetreten ist. Gegenwärtig sind verhältnismäßig am stärksten in Mitleidenschaft gezogen die Baumwollindustrie, die Leinen- und vor allem auch die Juteindustrie. Wir gebrauchen dringend Rohstoffe vom Auslande. Die Verhandlungen sind im Gange und es heißt zu hoffen, daß in absehbarer Zeit Rohstoffe herbeigekommen.

In bezug auf die Konkurrenzfähigkeit unserer eigenen Ware mit der ausländischen kann man gewisse Bedenken hegen, jedoch möchten wir nicht allzu schwarz sehen. Es muß allemal auch erwähnt werden, daß sich in allen älteren Industrieländern Umwälzungen vollziehen, welche auf den Warenpreis dieser Länder nicht ohne Einfluß bleiben. Die Abschaffung des Einstuflsystems in denjenigen Zweigen unserer Textilindustrie, in denen früher das Mehrstuflsystem üblich war, zu dem Zwecke der Verbilligung unserer Waren, darf nur nach und nach in Verbindung mit einer besseren Beschäftigung vor sich gehen.

Der Wiederaufbau unserer komplizierten und vielfachartigen Textilindustrie erfordert große Anpassungsfähigkeit, Elastizität, Wagemut und Initiative. Diese Eigenschaften gehen der Kriegswirtschaft ab. Dieser schwerfällige Apparat wird den jetzigen Erfordernissen nicht gerecht. Das ist eine Last, die gar nicht beizutreten kann. Darum können wir im Interesse der Arbeiter nicht der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft das Wort reden. Dasselbe muß nach und nach abgebaut werden, und im übrigen muß die gesamte Wirtschaftstätigkeit, auch in der Textilindustrie, unter Heranziehung der Arbeiterschaft, mehr auf das Gesamtwohl und Allgemeininteresse eingestellt werden. Hierzu können u. a. auch die Arbeitsgemeinschaften, in Verbindung mit einem organischen und zweckentsprechenden Ausbau des Rüstsystems, dienen.

II. Entwicklung und Tätigkeit unseres Verbandes.

Am 1. Juli 1918 betrug die Zahl der Mitglieder 19 239, davon 12 312 Kolleginnen. Am 30. Juni 1919 betrug die Zahl der Mitglieder 72 990, davon 48 025 Kolleginnen.

Die stärkste Mitgliederzunahme haben Rheinland und Westfalen zu verzeichnen, wo zur Zeit etwa zwei Drittel der gesamten Mitglieder des Verbandes sich befinden.

Die Zahl der Beamten und Hilfskräfte ist infolge der Ausdehnung des Verbandes wesentlich vermehrt worden. Sie beträgt zur Zeit, einschließlich der bei der Zentralstelle Beschäftigten, 52. Bei der Unwissenheit der Verhältnisse hat bei der Einstellung von neuen Kräften eine gewisse Vorsicht abgewaltet. Hinzu kam, daß manche brauchbare Kräfte es ablehnten, in den Dienst des Verbandes zu treten. Zentralvorstand und Verbandsauschuß waren deshalb gezwungen, eine über die von der vorjährigen Verbandsgeneralversammlung getroffene Gehaltsregelung hinausgehende Aufbesserung der Beamtengelder (Leistungszulagen) vorzunehmen. Die Zentralstelle ist ebenfalls unzureichend besetzt und kann mit den jetzigen Kräften den vorhandenen Bedürfnissen nicht gerecht werden.

Eine besonders rührige Arbeit hat der Verband auf dem Gebiete der

tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen

geleistet. Bereits auf der vorjährigen Verbandsgeneralversammlung wurden bestimmte Programmforderungen aufgestellt, welche eine gute Grundlage für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie auch für die Arbeit des Verbandes überhaupt, abgaben. Es wurden u. a. zu Programmforderungen erhoben: Einführung von Tarifverträgen mit Mindestlöhnen, Entschädigung für Warten, Arbeitszeitverkürzung und freier Samstag-Nachmittag, Vergütung der Pausen, größerer Schutz im Arbeitsverhältnis usw. Die Forderung auf Gewährung von Urlaub wurde dann mit aufgegriffen und in dem Flugblatt des Verbandes bereits zu Beginn dieses Jahres gefordert. Später wurde die Regelung der Ferienfrage von unserm Verband bei der zentralen Kommission beantragt. Fast überall sind jetzt Tarifverträge eingeführt, und hat unser Verband an dem Abschluß derselben in den einzelnen Bezirken einen überaus tätigen und fruchtbringenden Anteil genommen. Wenn auch die Verträge jedoch noch sehr allgemein gehalten, welches sich

unvermeidlich aus den ganzen Verhältnissen und der schnellen Entwicklung des Tarifwesens ergibt. Auf die Dauer müssen wir zu mehr spezialisierten Tarifverträgen kommen, und müssen die Vorarbeiten dazu schon überall aufgenommen werden. Die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche im besetzten Gebiet stößt, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, auf große Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber wollen dort die diesbezügliche Vereinbarung der zentralen Kommission nicht anerkennen. Sie stützen sich dabei auf ihre stärkere Position, die sie durch die Besatzungsbehörde haben. Von dem freien Samstagnachmittag, in Verbindung mit der 46stündigen Arbeitswoche, können wir nicht abgeben, und es muß mit aller Macht dahin gestrebt werden, daß auch im besetzten Gebiet die 46stündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt.

Wir haben die Mitarbeit unseres Verbandes bei dem Abschluß von Tarifverträgen, ferner die erzielten Erfolge statistisch zu erfassen gesucht. Die Antworten sind nicht von allen Stellen eingegangen, so daß wir kein vollständiges Bild geben können. Soweit die Angaben eine Feststellung ermöglichen, ergibt sich, kurz mitgeteilt, folgendes:

Unser Verband war in 71 Fällen an dem Abschluß von Tarifverträgen beteiligt; davon sind vier Verträge von uns allein abgeschlossen. Von den Verträgen sind sechs Bezugsstarke. In den Betrieben, für welche Tarifverträge bestehen, waren 228 182 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.

Von den Beschäftigten waren 220 201 organisiert; davon 57 352 in unserem Verbands.

Die durchschnittlich pro Woche erzielten Lohnaufbesserungen auf den Kopf des einzelnen Arbeiters schwanken, je nach den einzelnen Bezirken, zwischen 10 und 32 Mark.

Für 181 Betriebe bestand am 1. Juli noch kein Tarifvertrag. In diesen Betrieben waren schätzungsweise 10 000 Personen beschäftigt.

Zur Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge sind mehrere Schritte, sowohl von der Zentrale, wie besonders auch in den einzelnen Bezirken unternommen worden. Ueberhaupt wurde in den Bezirken auf den Gebieten der Erwerbslosenunterstützung, der Arbeitsvermittlung, der sozialen Fürsorge, der Verbesserung der Lebensmittelversorgung, der Bekämpfung des Wuchers usw. eine überaus erfolgreiche und rastlose Arbeit geleistet. Ein großer Teil unserer Beamten mußte für die Mitarbeit auf diesen Gebieten einen erheblichen Teil ihrer Zeit opfern.

Ein überaus trauriges und beschämendes Kapitel ist der Mißbrauch der neuen Freiheit, der sich an manchen Stellen in

brutalem Terrorismus

gegenüber unseren Mitgliedern auf den Arbeitsstellen bemerkbar machte. Meistens waren es erst kurze Zeit organisierte Mitglieder des deutschen Textilarbeiterverbandes, die politisch der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören, welche in der rückwärtslosten Weise gegen unsere Mitglieder vorgehen. In Bayern, besonders in Augsburg, wurden eine ganze Anzahl unserer Mitglieder, weil sie sich dem Befehlswort nicht fügen und nicht über-treten wollten, einfach brotlos gemacht. Im westlichen Sachsen sucht der deutsche Verband unsern Verband systematisch von der Arbeitsgemeinschaft und bei Abschluß von Tarifverträgen auszuschließen. Man feht, daß manche Kreise einen besonderen Begriff von der neuen Freiheit haben. Im Großen und Ganzen ist das Verhältnis des deutschen Textilarbeiterverbandes, der überwiegend stark zu den Unabhängigen hinneigt, zu uns in letzter Zeit ein gespannteres geworden. Nicht durch unsere Schuld! Auf dem letzten Verbandstage des deutschen Textilarbeiterverbandes wurde von führender Stelle erklärt, daß das Tisch Tuch mit uns wieder zerhackt werden müßte. Wenn im Zusammenhang damit auch gesagt wurde, wir zögen von den Freigen des deutschen Verbandes, so könnten wir umgekehrt, speziell mit Rücksicht auf die Verhältnisse in manchen Bezirken, dasselbe sagen. Jedoch lassen wir das uns ist es nicht um Streit, sondern um sachliche, praktische Gewerkschaftsarbeit zu tun. Wir legen, unbeschadet der verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen, Wert auf sachliche, von persönlicher Gegensatz freie, Gewerkschaftsarbeit. Dies und die

Die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 136, 1917) schrieb folgendes:

„Wir können uns keine Gesellschaftsordnung vorstellen, in welcher die volle und freie Entwicklung der Persönlichkeit so gewährleistet wäre, wie in dieser (der sozialistischen).“

Das sind nur einige Stimmen von vielen. In tausenden und abertausenden von Versammlungen wurde das Evangelium vom erlösenden Zukunftsstaat gepredigt.

„Auch im Zukunftsstaat wird mit Wasser gekocht werden, und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln.“

Es wird jetzt tatsächlich mit Wasser gekocht. Daß die früheren Versprechungen nicht gehalten werden können, sehen die führenden Mehrheitssozialisten ein, und die in der Regierung sitzenden Sozialdemokraten können das Glückseland nicht schaffen.

Das Suchen nach der Wahrheit.

Die Sozialdemokratie stellte ihre ganze Arbeit und Betrachtungsweise auf das rein materielle und ökonomische ein. Religion und Christentum wurden von ihr bekämpft.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (18. Mai 1919) sagt Alfred Moecklich u. a.:

„Er (der Sozialismus, Schr. d. L.-Btg.) entwickelte sich immer einseitiger zu einer rein ökonomischen Auffassung.“

An der so gekennzeichneten Entwicklung, so sagt der Verfasser, habe vor allen Dingen auch das Erfurter Programm Schuld gehabt, das höchst einseitig orientiert war.

„Darum muß das neue Programm weit über Erfurt hinausgehen und zu den ökonomischen Wertungen eine ganze Reihe geistiger heranrollen.“

In der folgenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ (10. 6. 19.) läßt sich der Sozialist Adolf Altvohn wie folgt vernehmen:

„Man beginnt immer mehr einzusehen, daß der politische und ökonomische Kampf nicht genügt, um den Sozialismus durchzuführen, sondern daß eine Umbildung des Menschen hinzukommen muß.“

Man muß auf der Gegenseite offen zugeben, daß der Sozialismus in Bezug auf Erziehung und geistliche Ideen verfaßt hat.

und anspricht, finden wir in den ewigen Grundwahrheiten des Christentums.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich.

Deutschland hat im Friedensvertrag die Verpflichtung auf sich genommen, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Mit Geld können wir uns dieser Verpflichtung nicht entledigen und es bleibt letzten Endes nichts anderes übrig, als daß geeignete arbeitslose Arbeitskräfte für den Wiederaufbau bereitgestellt werden.

Sonderzuteilungen von Lebensmitteln für die heimkehrenden Kriegsgefangenen

Sollen nach einer Bestimmung des Reichsernährungsministers erfolgen. Die Zuteilungen sollen von den Kommunalverbänden erfolgen, von denen die Gefangenen zum ersten Male in die ordentliche Versorgung aufgenommen werden.

Was unserer Bewegung.

Hört die Wiederträchtigkeit noch nicht auf?

Immer und immer wieder kommen aus einzelnen Bezirken und Orten Klagen über Unbilligkeit freiorganisierter Textilarbeiter gegen unsere Mitglieder. Zugegeben, daß in dieser Zeit der Umwälzungen einige Irrungen vorkommen konnten und erklärlich erscheinen.

Einholung der Freiheit durch die „Freien“!

Zum Textilarbeiterstreik in Guben wird uns über den Verlauf einer Sitzung des Schlichtungsausschusses berichtet vom 27. August berichtet. In dieser Sitzung war Gegenstand der Verhandlungen eine Klage der Gewerkschaften gegen den deutschen Textilarbeiterverband.

Verbände überzutreten. Es handelt sich in diesem Falle um Mitglieder unseres und des Hirsch-Dunker'schen Verbandes.

In der fraglichen Sitzung des Schlichtungsausschusses quälte sich der Beamte Hoffmann des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ab, stichhaltige Gründe für das ungelegte Vorgehen seiner Mitglieder gegen Andersorganisierte vorzubringen.

So ein Vertreter sozialdemokratischer „Freiheit“ hält nun aber einmal krampfhaft an seinem Standpunkt fest. In gut Deutsch übersezt: Er ist abgebrüht!

Die Unentwegten im deutschen Verbandsverbanden vermehren jetzt schon überall die Herren der Situation zu sein. Es scheint bei ihnen schon zur fixen Idee geworden zu sein, daß sie bereits unumschränkte Herren aller Macht geworden sind.

So sieht die Freiheit aus, wie sie die Unabhängigen und Kommunisten im deutschen Verbandsverbanden meinen. „Folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt“, nach diesem Rezept verfahren sie gegenüber Arbeitskollegen, die nicht auf ihre Spartafahrt schwören.

Von der Leitung der Filiale Guben des deutschen Textilarbeiterverbandes wurden nämlich in der Sitzung des Schlichtungsausschusses am 27. August folgende Forderungen gestellt:

1. Es dürfen den in den bestreikten Betrieben beschäftigten christlich oder Hirsch-Dunker'schen organisierten Arbeitern (sogen die Namen) irgendwelche Schwierigkeiten beim Uebertritt in den Deutschen Verband von keiner Seite gemacht werden.

Das Verlangen der Arbeiter, bei Abschluß der Tarifverträge nur solche Arbeiterorganisationen als Kontrahenten zuzulassen, welche über eine der Mitgliederzahl des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Bezirk gegenüber erhebliche Zahl organisierten Berufangehöriger verfügt, ist als berechtigt anzuerkennen.

Die Feststellung, ob die christliche oder die Hirsch-Dunker'sche Textilarbeitergewerkschaft über eine solche erhebliche Zahl von Mitgliedern verfügt, ist innerhalb vier Wochen nach Uebertritt der einzelnen Filialen vom 21. August ab gerechnet, durch die beteiligten Organisationen selbst zu treffen.

2. Die Entscheidung bezüglich der Feststellung des Rechts der Mitwirkung des Arbeiters (Betriebsrat) bei Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften ist von der zentralen Kommission baldigst zu treffen.

3. Das Entlassen der Verbandsbeiträge von den Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes und das Verteilen des Verbandsorgans an diese Mitglieder wird im Vertriebe gestattet.

4. Die Auszahlung des Arbeitslohnes findet Freitag zwischen 12 und 1 Uhr während der Arbeitszeit statt.

5. Bekanntmachungen der Arbeiterschieds- und der Organisation des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind jederzeit an sichtbarer Stelle der Betriebsabteilungen gestattet.

6. Der Arbeiterschieds- und die Organisation des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat jederzeit das Recht, in ungelassenen Fällen Besprechungen der organisierten Arbeiterschaft im Betriebe abzuhalten.

7. Alle Meister und Vorarbeiter, welche der Angestelltenversicherung nicht unterstellt sind, ist der Deutsche Textilarbeiterverband die zuständige Organisation.

8. Mitteilung an die Gubener Zeitung, daß die Berichte nur auf einseitiger Information beruhen.

Wir haben das an die Arbeitgeber gestellte Ansuchen im Wortlaut hier wiedergegeben, damit sich unsere Mitglieder ein Urteil bilden können über diese großwahnsinnige Annahme der Gubener Filialleitung.

Auf dieses Produkt eines überreizten Gehirns antworteten die Arbeitgeber mit einer formulierten Gegenklärung, wonach sie den ersten Teil von Punkt 1 als selbstverständlich annahmen, die Entscheidung über die Punkte 2, 3, 5 und 6 der Entscheidung der sachungsmäßig berufenen höheren Instanzen vorbehielten, Punkt 7 als gegen die Koalitionsfreiheit und damit gegen die Verfassung verstoßend ablehnten und ebenso eine Erklärung gemäß Punkt 8 verweigerten, weil die Berichterstattung nicht von ihnen erfolgt sei.

Da eine Einigung nicht zu erreichen war, wurde vom Schlichtungsausschuss einstimmig folgender Schiedspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuss hält die Arbeitgeber nicht für berechtigt, sich um die Zugehörigkeit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie ihrer Angestellten zu irgend einer Organisation zu bekümmern und Angehörige irgend einer Organisation zu bevorzugen.

Die Auszahlung des Arbeitslohnes in den Gubener Textilmöbeln soll künftig Freitags bis 1 Uhr während der Arbeitszeit erfolgen und die Arbeitswoche soll bis Mittwoch einschließend laufen.

Ueber die übrigen während der Verhandlung des Schlichtungsausschusses gestellten Forderungen werden den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verhandlungen durch die zuständigen Organisationen empfohlen.

Der Bericht in der Gubener Zeitung über die Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 22. August ds. J. ist nicht von amtlicher Stelle ausgegangen.

Dieser Schlichtungsbericht haben die Arbeitgeber angenommen, dagegen haben die Vertreter des deutschen Verbandes demselben abgelehnt. Auch die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband haben bisher zu keiner Einigung geführt.

Der Kampf um die Freiheit des Koalitionsrechts geht also weiter. In einer Versammlung haben unsere Mitglieder beschlossen, diesen Kampf aufzunehmen und vor wie nach treu und fest zum Verbands zu halten. Sie sind nicht gewillt, sich dem Terror des deutschen Verbandes zu beugen, sondern so lange auszuhalten, bis ihnen ihr gesetzlich gewährleitetes Recht der freien Vereinigung zuteil wird.

Der ganzen Menschheit jammer fast mich an! Das kommt einem unwillkürlich in den Sinn, wenn man die Niederrichtigkeit sieht, mit der die „deutschen Freiheitshelden“ die Freiheit ins Gesicht schlagen. Unsern Mitgliedern rufen wir zu: Schließt die Reihen und haltet im Verbande aus!

Belennernut — das ist's, was uns not tut.

Gegen den sozialdemokratischen Terror in Guben.

Zu einer machtvollen Kundgebung gestaltete sich die am 27. August in Guben abgehaltene Versammlung des Ortskartells Guben des deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Saal des Schützenhauses füllte sich schnell, so daß später Erschienenen mit einem Stehplätzchen vorlieb nehmen mußten. Es galt Protest zu erheben gegen das ungesetzliche und unbillige Verhalten der hiesigen freiozialistischen Arbeiter gegenüber Andersorganisierten.

Kollege Jähbender aus Forst ging in seinen Ausführungen davon aus, wie die gesamte Arbeiterschaft früher geschloffen gegen Versuche kämpfte, um sich das Koalitionsrecht nicht nehmen zu lassen. Damals waren es vielfach die Arbeitgeber, welche die Arbeiter zu verhindern suchten, von ihrem Rechte des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Gebrauch zu machen. Heute im republikanischen Deutschland sind es Arbeitsgenossen, die Andersdenkenden das Recht absprechen, sich ihrer Überzeugung nach zu organisieren. Wo bleibt da das gesetzlich gewährleistete und von der Arbeitsgemeinschaft anerkannte Recht, daß es jedem freisteht, sich zu organisieren wo er will? Wo bleiben da die schönen Worte von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit?

Ein Teil der Arbeiterschaft sei leider heute nicht mehr gegen die Abmachungen zu halten, die in der Arbeitsgemeinschaft getroffen worden sind. Dies sind allerdings nur diejenigen Elemente, die an dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens kein Interesse haben, es sind dieselben Leute, welche nur das Chaos wollen, in dem Glauben, dann ihrer Leidenschaft fröhnen zu können. Sie machen sich auch kein Gewissen daraus, die Arbeiterschaft ohne irgendwelchen stichhaltigen Grund in den Streit hineinzuziehen, umelummert um das Glend, welches dadurch heraufbeschworen werden kann. Redner berichtet alsdann über die Vorgänge in Guben seit dem 20. August und den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss. Nachdem der Redner geendet, erhielt der Arbeitersekretär Köppler (H.-D.) das Wort, der die rechtliche Seite der Frage behandelte. Derselbe ging davon aus, daß sowohl durch die Gewerbeordnung wie auch durch die neue Verfassung der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht gewährleistet sei und verlangte, daß dies auch respektiert werden soll. Er betonte ganz besonders, daß die Arbeiterschaft, die sich im Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen habe, von diesem ihrem Rechte Gebrauch machen und den Kampf durchkämpfen werde, zu dem die Gesetze uns gezwungen haben.

Durchhalter Pähle wandte sich in warmen Worten an die Arbeiterschaft und forderte sie auf, treu zu ihrer Organisation zu halten und nicht im Kampfe nachzulassen, bis der Nachdruck der hiesigen Genossen gebrochen sei. Dann wandte er sich an die Angestellten, die alle Ursache hätten, sich eng zusammenzuschließen und die Vorgänge, die sich heute bei der Arbeiterschaft abspielten, nicht aus den Augen zu verlieren; denn das Ansehen, welches heute an die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft gestellt würde, sich nur in den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu organisieren, das selbe verlangen würde über kurz oder lang auch an die Angestellten gestellt werden, wie dies an anderen Orten bereits geschehen sei, deshalb sei es Pflicht aller Angestellten und Werkmeister, Schalter an Schalter mit den Arbeitern zusammenzutreten und sie in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen.

Herr Einbürgermeister Drobbe fand ebenfalls warme Worte für die Standhaftigkeit der nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen und sprach der hier vereinigten Arbeiterschaft seine volle Sympathie aus und ermahnte alle, fest und treu bei der Fahne zu bleiben und im Kampfe auszuhalten um ihr gutes Recht. Er betonte ebenfalls, daß man sich nicht durch die freiozialistische Arbeiterschaft gegenüber Andersdenkenden. Nach einer kurzen Pause wurde in eine Diskussion eingetreten, die sich sehr lebhaft gestaltete und allseitig das Verhalten der Gegner scharf verurteilte. Alle Redner forderten unsere Mitglieder auf, im Kampfe auszuhalten, bis uns unser Recht zuteil würde. Als die

Diskussion erschöpft war, stellte der Versammlungsleiter folgende Entschliessung zur Besprechung, die dann einstimmige Annahme fand:

Die am 27. August im Schützenhause tagende Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortskartell Guben, verurteilt das Verhalten des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegenüber den Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes und des Gewerkschaftsvereins (Vorsch-Dumster). Die Versammlung verlangt volle Freiheit in der Ausübung des Koalitionsrechts, wozu ein Teil seiner Mitglieder durch den Deutschen Textilarbeiterverband gehindert wird. Durch den vom Zaun gebrochenen Streit werden nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Angestellten und Werkmeister, ja, das gesamte Wirtschaftsleben, schwer geschädigt. Da die oben genannten drei Arbeiterverbände innerhalb der Arbeitsgemeinschaft als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt sind, verlangen wir, daß es jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin, jedem Angestellten und Werkmeister freigestellt sein muß, sich einer Organisation nach freier Wahl anzuschließen. Da letzteres durch gesetzliche Bestimmungen gewährleistet ist, kann das Verhalten des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Guben, nicht scharf genug verurteilt werden. Wir erwarten von den zuständigen örtlichen Stellen, daß alles getan wird, um den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Die Anwesenden erklären, treu zu ihren bisherigen Organisationen zu halten und sprechen denselben ihr volles Vertrauen aus. Sie verpflichten sich, nichts zu unterlassen, was zur Stärkung ihrer Verbände erforderlich sei, insbesondere neue Mitglieder denselben zuzuführen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ahaus. Am Samstag, den 23. August, hielt das hiesige Ortskartell der christlichen Gewerkschaften sein Sommerfest ab. Um 7 Uhr abends versammelten sich die Mitglieder am Vereinshaus und ordneten sich zum Festzug. Unter Vorantritt einer Musiktruppe folgten die Kolleginnen, welche sich außerordentlich zahlreich beteiligt hatten. Den Schluß bildeten die Kollegen; auch hier war die Beteiligung eine recht gute. Nachdem sich der Zug durch die Hauptstraßen bewegt hatte, ging es wieder zum Vereinshaus zurück, wo zunächst Gewerkschaftssekretär Sittlerhaus darauf hinwies, daß die christlichen Gewerkschaften in Ahaus sich in fünf Jahren wesentlich nicht mehr gezeigt hätten. Neben der ersten Gewerkschaftsarbeit solle auch die gesetzliche Unterhaltung gepflegt werden. Er hieß alle herzlich willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch einmütiges Zusammenarbeiten auch der letzte Unorganisierte herangezogen würde.

Die Rede hielt Gewerkschaftssekretär Jörres vom christlichen Saal und Leiter der Arbeiterschaft. Er wies zunächst auf die Revolution hin. Während man wohl der Gedanke gekommen, als die Revolution über Deutschland hereinbrechen würde, daß es jetzt mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung aus wäre. Das Gegenteil sei aber eingetreten. Um über 100 Prozent sei die Mitgliederzahl gestiegen. Eine innere Festigung sei überall zu konstatieren. Die Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Arbeitgeberverbände sei durch Abschlüsse von Tarifverträgen getätigt worden. Schwere Zeiten lände an allen Ecken. Nur intensive Arbeit könne uns wieder vorwärts bringen. Dann forderte er noch alle auf zur eifrigen Mitarbeit und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Beschluß die christliche Gewerkschaftsbewegung. Raumer trat der gemüthliche Teil in seine Rechte. Couplet, Theater und Konzert wechselten sich ab und hielten die Mitglieder mehrere Stunden zusammen. Abgesehen von der Veranstaltung mit dazu beigetragen haben, das Zusammengehörigkeitsgefühl noch mehr wie bisher zu vertiefen. Dann werden die christlichen Gewerkschaften markieren, trotz der Anfeindungen und Degeren, die gerade in Ahaus von gegnerischer Seite systematisch betrieben werden.

Dielefeld. Gute agitatorische Fortschritte haben wir in der letzten Zeit in unserer Ortsgruppe gemacht. Dieselbe zählt nunmehr schon weit über 100 Mitglieder. Eine am 28. August abgehaltene Versammlung hatte leider einen verhältnismäßig zu schwachen Besuch aufzuweisen. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Eggert berichtete der Vorsitzende, Kollege Gehring, über den neu abgelesenen Entwurf. Dieser lege folgende Vorschläge vor: Für Männer als Hilfsarbeiter 1,30 M., für Facharbeiter 1,40 M., für weibliche Arbeiter Zeitlohn 0,90 M., Grundlohn im Afford 1,00 M., Facharbeiter im Afford 1,10 M. Infolge des von unserem Verband an die zentrale Kommission eingereichten Antrages auf Gewährung von Ferien, erhalten wir hier in diesem Jahre vier Tage Ferien. Die Versammlung nahm dann noch Stellung gegen das Vorgehen der „Deutschen“, die auf unsere Mitglieder einen Druck auszuüben versuchen und die es allem Anscheine nach darauf abgesehen haben, das Vertrauen unserer Mitglieder gegen unsern Ortsgruppenvorsitzenden zu untergraben. Die Versammlung verurteilte in scharfer Form die Praktiken der „Freien“ hier an Orte und gelobte vor wie nach fest zum Verbande und seiner Führung zu stehen.

Ehrenstein (Witbg.). Der Arbeiterschaft der Firma „Könner“ sollte vor einigen Wochen vom Arbeitgeber gelündigt werden, weil der Betrieb keine Garne herzustellen konnte. Unter Verband nahm sich jedoch der Angelegenheit tatkräftig an und erreichte in Verhandlungen und schriftlichen Forderungen, daß der größte Teil der Arbeiterinnen mit wöchentlichem Abwechslung mit Restlohn- und anderen Arbeiten im Betriebe weiterbeschäftigt werden konnte. Dadurch erhielt die Arbeiterschaft für eine Woche jeweils die volle Erwerbslosenzahlung und für die andere Woche den vollen Lohn. — Nun wurde Sekretär Kümmele erneut von der Arbeiterschaft gerufen, da die Firma, nachdem wieder Garn herzustellen und die Arbeit voll aufgenommen wurde, den Restlohn nicht einhielt. Die am 1. September durch Gauleiter Kümmele unter Führung des Arbeiterausschusses mit dem Firmeneinhaber geführten längeren Unterhandlungen führten für die Arbeiterschaft auch in dieser Richtung zu einem vollen Erfolg. — Die Firma „Könner“ hat die Restlohnzahlung seit dem 2. Juni, den vollen Tariflohn der Ortsklasse 2 des allgemeinen württembergischen Tarifes.

Storf (Geg.). Die Arbeiterschaft der hiesigen Kammergarnspinnerei, welche nunmehr reiflich organisiert ist, steht seit längerer Zeit in einer Forderung. — Die Firma hat am 18. Juli stattgefundenen Betriebsversammlung Kollege Müller-Kudersberger den Entwurf des Tarifvertrages der Unter-

gruppe Rheinland“ erklärt hatte, beauftragte die Versammlung unsern Verband, der Firma diesen Vertrag mit der Bitte um Einführung in ihrem Betrieb einzureichen. Dies lehnte die Firma rundweg ab, wie sie es überhaupt ablehnte, mit der Organisation zu verhandeln. In der am 7. August stattgefundenen Versammlung, welche zu dem Verhalten der Firma Stellung nahm, wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss in Siegburg zu unterbreiten. Derselbe hatte sich am 26. August mit der Angelegenheit zu befassen, wobei es zwischen dem Direktor Lohse und dem Kollegen Müller zu einer klaren Auseinandersetzung kam, wegen Nichtanerkennung der Organisation und der Ablehnung des Vertrages. Nach statt zweifelhafte Verhandlung machte der Vorsitzende den Vorschlag, die Firma solle sich mit der Organisationsleitung in gütlicher Weise verständigen. Zu diesem Zweck fand am 2. September auf dem Fabrikhof in Eitorf eine erneute Verhandlung statt, wobei man sich auf folgende Grundlage einigte. Sämtliche bisher gezahlten Lohnsätze werden um 25 Prozent erhöht, nichtin betragt der Zeitlohn für weibliche Arbeiter von 14—16 Jahren 50 Pfg., von 16—18 Jahren 75 Pfg., von 18—20 Jahren 85 Pfg., über 20 Jahre 100 Pfg. Für Blaz- und Hilfsarbeiter unter 17 Jahren 75 Pfg., von 17—20 Jahren 1,10 M., über 20 Jahre 1,50 M. Für Handwerker unter 17 Jahren 85 Pfg., von 17—20 Jahren 1,35 M., über 20 Jahre 1,85 M. Für Überstunden werden 33 1/2 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent gewährt. Altarbeitnehmer sollen 10 Prozent über die Zeitlohnätze verdienen. Die Familienzulage von 5 M. wöchentlich 2,50 M. wöchentlich wird ebenfalls gewährt. Die 46 stündige Arbeitszeit wurde nicht zugefunden, weil sich bedauerlicherweise der anwesende Arbeiterausschuss auf die Seite der Firma stellte. Die übrigen Bestimmungen des Tarifes wurden von Seiten der Firma anerkannt. Die getroffenen Vereinbarungen laufen bis zum 31. Dezember. Nachdem die am 2. September im Anschluß an die Verhandlungen stattgefundenen Betriebsversammlung den Abmachungen zugestimmt hat die Bewegung damit ihren Abschluß gefunden. Der Arbeiterschaft von Eitorf möchten wir aber zurufen, an dem weiteren Ausbau der Organisation in der bisherigen Treue weiterzuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß die paar Unorganisierten sich nunmehr so fort der Organisation anschließen, denn, wer nicht sät, soll auch nicht ernten.

Gescher. Zu einer imposanten Feier gestaltete sich das am 31. August von der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes gefeierte erste Stiftungsfest. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltungen war der geräumige Rembrische Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Um 4 Uhr wurde das Fest durch eine feierliche Ansprache vom Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Kollegen Böding, eingeleitet. Der Redner wies in seiner Rede auf den gegenwärtigen schweren Stand der Arbeiterschaft hin, und betonte, daß auch in der noch so dunkel vor uns liegenden Zukunft die Arbeiterschaft wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet sein würde. Redner forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, fest zu stehen zur Organisation, da diese sei für die Arbeiterschaft eine Schule der Bildung und die doch gegenwärtig, wo auch der Arbeiter mit herangezogen würde, zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau unseres geliebten deutschen Vaterlandes er so notwendig habe. Darauf erhielt Bezirksleiter Kollege Hecke aus Hocholl das Wort. Der Redner sprach in wohlwollender Rede über Zweck und Notwendigkeit der Organisation und leitete dies zum Schluß als Trägerin und Förderin der christlichen Weisheitslehre. Hierauf begann der gemüthliche Teil des Festes, der bis gegen 7 Uhr durch heitere Vorträge und Theater ausgefüllt wurde. Die wohlgelungene Feier hat viel zur Förderung der Kameradschaftlichkeit beigetragen.

Georgswalde-Gillpösdorf. Recht unliebsam macht sich neuerdings die Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Oberlausitzer Textilmöbelindustrie geht immer mehr ihren Krebsgang und wenn nicht bald Änderungen eintreten, gibt's einen Stillstand. Die Webereien haben nur noch für 30 Tage Beschäftigungsmöglichkeiten. Jetzt schon mußten Maßnahmen getroffen werden, die vorhandene Arbeit zu fixieren. Die Betriebe gingen dazu über, nur noch drei Tage die Woche zu arbeiten. Andererseits sind durch die Streckung auch Arbeiterentlassungen angelegt. In einer öffentlichen Versammlung in Neugersdorf nahm die Arbeiterschaft hierzu Stellung und erklärte ihr Unverständnis, nachdem vorher Fabrikantenausschüsse und Organisationsvertreter ihre Zustimmung gaben. Diese Maßnahmen sollen das Durchhalten in schwerer Zeit ermöglichen. Arbeiterentlassungen haben nur im Einverständnis mit dem Fabrikantenausschuss zu erfolgen. Es kommen solche in Frage, die wirtschaftlich am leichtesten eine Erwerblosigkeit ertragen können, und welche weniger auf Erwerb in Textilmöbel angewiesen sind. Einen anderen Grund gibt es nicht. Durch Maueranschlag in einigen Betrieben wird das Einkommen des Familienverdieners festgesetzt, wo die Frau noch Beschäftigung hat. Diese Festsetzungen sollen zur Grundlage von Entlassungen dienen. Unsere Mitglieder tun gut, diesen Vorgängen ein Augenmerk zu schenken. Vor allem darüber zu wachen, daß ungerechte Entlassungen nicht stattfinden. Beobachtungen wolle man sofort den Ortsgruppenvorsitzenden zu Meldung bringen.

Versammlungskalender.

Wittenberg. 21. September, im Lokale von Peter Herms, Baldhausenerstraße.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Aus dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes an die Verbandsgeneralsammlung. — Zur Lage in der Textilindustrie. — Allgemeine Rundschau: Die früheren Versprechungen vom sozialistischen Futurismus. — Das Suchen nach der Wahrheit. — Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich. — Sonderzuweisungen von Lebensmitteln für die heimkehrenden Kriegsgesangenen. — Aus unserer Bewegung: Sört die Niedertrachtigkeit und nicht auf? — Anebelung der Freiheit durch die „Freien“. — Gegen den sozialdemokratischen Terror in Guben. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ahaus. — Dielefeld. — Ehrenstein (Witbg.). — Eitorf (Geg.). — Gescher. — Georgswalde-Gillpösdorf. — Versammlungskalender.

Redaktionsrat für die Schriftleitung: G. Müller, Daffelberg